

An:
Mayor Hayne
Hochstufen-Kaserne
Nonner Straße 23-27
83435 Bad Reichenhall

Bad Reichenhall, 02.12.2021

Betreff: Stellungnahme Ablehnung zu Duldung des mRNA Medikaments

Sehr geehrter Herr Mayor Heyne,

ich möchte hiermit schriftlich Stellung nehmen, zur Duldung des Injizierens des mRNA Medikaments.

Ich werde diesen Befehl nicht befolgen, da es sich offensichtlich um einen rechts- sowie verfassungswidrigen Befehl handelt. Ich verweise auf den §11 SG Abs. 2.

Der Befehl schränkt unverhältnismäßig mein Recht auf körperliche Unversehrtheit Artikel 2 GG ein.

Dies lässt sich leicht begründen, da dieses Medikament weder vor einer Erkrankung schützt, noch das ich andere Kameraden anstecken kann.

Sie ist selbst laut der medizinischen sowie öffentlichen Diskussion kaum bis gar nicht wirksam gegen diese „Delta-Variante“.

Eine Wirksamkeit gegen die „Omikron“-Variante wird nach bisheriger wissenschaftlicher Kenntnis ebenfalls ausgeschlossen.

Viele Erkrankungen in meinem privaten Umfeld, welche in unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang stehen, zeigen mir unmissverständlich auf das dieses ungetestete Medikament nicht harmlos ist.

Mein Nachbar hat kurz nach seiner 2ten Impfung mit Astrazeneca eine Gehirnvenenthrombose erlitten.

Er hat es mit einem Schlaganfall überlebt und ist jetzt einseitig gelähmt.
Er ist damit ein Pflegefall.

Einer der Mitarbeiter im Betrieb meiner Eltern hat nach der Impfung von Johnson & Johnson, die inzwischen Insolvenz angemeldet hat, zuerst eine Thrombose im Bein erlitten und wenige Wochen darauf ebenfalls eine Gehirnvenenthrombose mit Schlaganfall.

Er ist am 02.11.21 an den Folgen verstorben.

In meinem näheren Umfeld höre ich oft von weiteren Nebenwirkungen wie z.B. Herzmuskel-Entzündungen sowie Gürtelrosen.

Alles keine unbekanntenen Nebenwirkungen des Medikaments, welche auch bereits mehrfach medial im Fernsehen aufgearbeitet wurden, jedoch ohne daraus die juristische und politische Konsequenz zu ziehen.

Da dieses Medikament keinen Schutz bietet, sehr wohl aber sehr häufig schwere Nebenwirkungen zu Folge hat, wird hier mein Recht auf körperliche Unversehrtheit unverhältnismäßig eingeschränkt.

Daher liegt der Verdacht nahe, dass es sich um § 89 STGB Wehrersatzung handelt und daher dieser Befehl nicht befolgt werden darf.

Ich bin nicht gewillt zu warten bis die politische, gesellschaftliche sowie juristische Aufarbeitung aller Nebenwirkungen stattgefunden haben und bis dahin sinnlos mein Leben in Gefahr zu bringen.

Mir ist vollkommen bewusst das es, egal ist was ich Ihnen hier schreibe, genauso wie stichhaltig und rational nachvollziehbar meine Entscheidung ist.

Die Geschichte hat uns gezeigt, dass einer politischen Ideologie nicht mit Gesetzen oder Vernunft bei zukommen ist.

Gerade wir Deutschen durften erfahren wie eine politische Ideologie nur allzu bereitwillig rationale Argumente mit Füßen tritt und Zwang gegenüber Andere ausübt, die dem Gesetz und ihrem Eid verpflichtet sind. Seien wir daher kritisch und begehen diesen Fehler nicht ein zweites Mal.

Sie haben mich als gottesgläubigen Soldaten kennen lernen dürfen, welcher sich zu einem bewussten Dienst in den Streitkräften entschieden hat, und sich immer seiner historischen Verantwortung bewusst war.

Folglich muss ich melden, dass ich bewusst in meinen Urlaub an mein Handy gegangen bin, obwohl ich genau wusste was in diesem Gespräch folgen wird.

Ebenso bin ich mir vollkommen der Konsequenzen sowie drakonischen Strafen bewusst, welche auf mich im Dienst warten.

All das muss ich als Soldat der Bundeswehr allein schon der Verantwortung der Truppe gegenüber über mich ergehen lassen.

Noch schwerer wiegt hierbei jedoch die Verantwortung der FDGO, dem Grundgesetz sowie dem Volk gegenüber.

Sie wissen genauso gut wie ich, dass es hierbei nicht nur um die Impfung geht.

Ich habe geschworen, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes, tapfer zu verteidigen, so wahr mir Gott helfe. Und das gilt für mich bedingungslos!

2 Jahre lang sehe ich nun zu, wie ein Artikel des Grundgesetzes nach dem anderen gebrochen wird.

Dies ist schon lange nicht mehr der Ausnahmefall, sondern ein Dauerzustand.

Ich werde mich hierzu unmissverständlich äußern:

Ich bin Soldat und habe geschworen für diese Rechte und Freiheiten im Notfall mein Leben zu geben, dieses Versprechen löse ich hiermit ein.

Ich werde es nicht weiter tolerieren, noch wegschauen, wenn durch Feigheit und Faulheit immer weiter Bürgerrechte zurückweichen müssen.

Im Gegenteil, sollte es notwendig sein werde ich mich für diese Rechte opfern.

Sie sollten also besser zu meiner Vernehmung eine Pistole mitnehmen.

Sie werden mich nicht nur abstrafen, sondern erschießen müssen, damit ich aufhöre für meinen Eid einzustehen.

Ich hoffe das sie mir die Gelegenheit geben mit meinem Blut die roten Linien in unserer Gesellschaft nachzuziehen, wie es bereits Soldaten während der NS-Zeit vor mir taten.

Ich fürchte mich weder vor Ihren Strafen noch vor den Tod, jedoch fürchte ich mich sehr wohl vor den Strafen Gottes für meine Feigheit oder unmoralischen Taten.

Sie werden mich folglich nur durch Vorbild und einen freien Gehorsam führen, jedoch nie durch Zwang.

Auch wenn dies alles sehr harte Worte sind, ist es nicht meine Absicht sie damit zu kränken.

Ich muss jedoch treu handeln wie ich als Soldat handeln muss.

Mit kameradschaftlichen Grüßen

Ofw Oberauer

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Oberauer' with 'Ofw' written below it.